



Rettung durch Konkurs-Beteiligung?

Euro und Dollar sinken und sinken – der Franken wird täglich stärker. Die Linke verlangt die Anbindung des Frankens an den Euro.

Kursveränderungen von Währungen legen Zeugnis ab von der **Qualitäts-Einschätzung**, welcher jede Währung international ausgesetzt ist. Solange weder die EU-Mitglieder noch die USA ihre katastrophale Verschuldung endlich in den Griff bekommen, werden Euro und Dollar an Vertrauen weiter verlieren. Solange wird sich die Schweiz mit der weiteren Aufwertung eines vom Überschuldungs-Klumpfuss freien Frankens abfinden müssen.

Franken-Aushöhlung als Programm?

Grotesk in diesem Zusammenhang die Forderung der Linken: Sie fordert nichts anderes als die feste Anbindung des starken, soliden Frankens an den von Schwindsucht befallenen Euro. Die Schweiz solle sich also den vom Konkurs Bedrohten beigesellen. Zusätzlich müsste der Franken in die gleiche **Schwindsucht-Entwicklung** gedrückt werden, die jetzt den Euro nach unten treibt: Man müsste wohl den Franken – also die Schweiz – regelrecht **ausplündern** zugunsten der überschuldeten EU-Länder mit ihren so liederlich geführten Haushalten. Prost Schweizer Steuerzahler!

Starke Währung – schwache Währung

Grundsätzlich fährt ein Land, das über eine solide, weltweit Vertrauen geniessende Währung dank eigenständiger Währungspolitik verfügt, entschieden besser als ein dahintaumelndes, allen Pressionen ausgesetztes Schwachwährungs-Land. Probleme entstehen trotzdem bei kurzfristiger, stürmisch und sprunghaft verlaufender Aufwertung der eigenen Währung. Gegenwärtig – solange die Schweiz nicht gewillt ist, auch in den Schulden-Strudel eingesogen zu werden – steht die Schweiz der Franken-Aufwertung **machtlos** gegenüber. Finden weder EU noch USA zurück zu solider Finanzpolitik, bleibt der Franken unter Aufwertungsdruck.

Gegenmassnahmen sind möglich

Möglich aber ist, die Exportwirtschaft und den Tourismus – Hauptbetroffene der Franken-Aufwertung –

an **andern Fronten** von übermässigen Belastungen zu befreien. Zu befreien insbesondere von kosten-treibenden **bürokratischen Auflagen**, zu entlasten aber auch von **steuerlichen Belastungen**.

Da wäre rasches Handeln nicht bloss geboten, es wäre vielmehr sofort anzuordnen: Aktuell wäre z.B. eine verbindliche Zusicherung an die gesamte Volkswirtschaft zu erteilen, wonach der Staat auf alle **Massnahmen verzichtet**, die neue massive **Energieabgaben** und **Energiesteuern** auslösen würden. Alle romantischen Vorstellungen in bezug auf eine «neue Energiepolitik», deren konkrete Konturen nirgends sichtbar sind, zu der indessen alle Instanzen ankündigen, dass der Wirtschaft massive neue Belastungen zugemutet werden. Solche Mehrbelastung ist schlicht Gift für die unter der Franken-Aufwertung leidende Wirtschaft der Schweiz. Jetzt ist **pragmatische Vernunft** gefragt – nicht irrealer Romantik.

Produktionsbedingungen

Die Industrie des **Hochlohnlandes Schweiz** kann hierzulande nur produzieren, wenn die **Energiekosten erschwinglich** bleiben. Qualitativ hochwertige Produktion – die einzige Produktion, die in einem Hochlohnland langfristige Perspektive hat – ist gleichermassen auf günstige Energie angewiesen wie der Forschungsplatz Schweiz.

Wollen wir diese beiden Grundpfeiler des schweizerischen Wohlstands erhalten, dürfen wir sie nicht Energie-Ideologen mit für die Produktion völlig unvereinbaren Vorstellungen ausliefern.

Die Schweiz ist weltweit bekannt als **Land der Qualität**. Ein Land, dessen Ruf auf Qualität ausgerichtet ist, ist auf eine qualitativ starke – solide mit **Gold** unterlegte – Währung angewiesen. Dass dies weiterhin der Fall ist, dafür müssen der Wirtschaft entsprechende Rahmenbedingungen garantiert bleiben.

Ulrich Schliuer